

AFGHANISTAN Der Isaf-Befehlshaber fordert von den Deutschen mehr Einsatz. Derweil bereitet sich die Politik auf den Kundus-Untersuchungsausschuss vor.

General McChrystal holt aus

VON MARKUS DECKER

BERLIN/MZ - Heute in einer Woche findet in London die internationale Afghanistan-Konferenz statt. Logischerweise wird die Frage, wie es in dem Land weiter gehen soll, von Tag zu Tag dringlicher. Gestern setzten zwei Männer in der Debatte neue Akzente - der amerikanische Befehlshaber der Afghanistan-Schutztruppe Isaf, General Stanley McChrystal, und der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier.

McChrystal erklärte in einem Zeitungsinterview, die deutschen Soldaten müssten am Hindukusch mehr Risiken eingehen. Ziel der Aufständischen sei es ja, „dass die Sicherheitskräfte in ihren Feldlagern bleiben, ihre gepanzerten Fahrzeuge nicht mehr verlassen, kaum noch Kontakt zur Bevölkerung haben“. Denn dann sei die Präsenz der westlichen Truppen letztlich „irrelevant“. Auch „sollten sich alle Länder überlegen, was sie leisten können, um genug Soldaten für die Ausbildung der Afghanen bereitzustellen“, so der General. Dabei sei „der Norden - zum Beispiel Kundus - entscheidend für die Stabilität Afghanistans“. Nimmt man das alles zusammen, ist die Botschaft eindeutig: McChrystal will, dass Deutschland als drittgrößter Truppensteller noch eine Schippe drauflegt.

Die Reaktionen waren gemischt. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) erklärte: „Ich sehe das nicht als Kritik, sondern als eine Realitätsbeschreibung, der sich die internationale

Staatengemeinschaft zu stellen hat.“ Der ehemalige Generalinspekteur Harald Kujat befand, die deutschen Truppen seien derzeit gar „nicht in der Lage“, McChrystals Anforderungen zu erfüllen. „Wir sind seit einem Jahr unterbesetzt. Uns fehlen zwischen 1 500 und 2 000 Soldaten.“ Nötig seien neben mehr Soldaten ein neues „Verhältnis zwischen Unterstützungseinheiten und Kampftruppen zugunsten der Kampftruppen“ und eine verbesserte Ausrüstung. Von knapp 1 000 Soldaten in Kundus agieren nach Angaben des Verteidigungsministerium im Augenblick „weit mehr als die Hälfte“ außerhalb des Camps, bei Patrouillen oder in Kampfeinsätzen. In der Regel kümmert sich der überwiegende Teil der Soldaten in Auslandseinsätzen um Logistik.

Der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner erklärte mit Blick auf die Konferenz von London: „Wir wollen erstens die Ziele in Afghanistan definieren, wir wollen daraus zweitens die Strategie ableiten und drittens mitteilen, welche Ressourcen wir einsetzen. Dazu zählen Entwicklungshilfe, Polizei und eventuell die Bundeswehr. Ich finde es wichtig, dass wir nicht primär über Soldaten reden. Wir nehmen uns Zeit und warten London ab. Unsere Verbündeten haben sich auch Zeit genommen.“ Kanzlerin Angela Merkel (CDU) werde in ihrer Regierungserklärung am 27. Januar jedenfalls „noch nicht über die Ressourcen reden, sondern über Zielvorstellungen und

Strategieelemente“, betonte Stinner und mahnte: „Wir sollten uns da nicht von Forderungen anderer abhängig machen.“

„Ich sehe das nicht als Kritik.“

*Karl-Theodor zu Guttenberg
Verteidigungsminister*

Steinmeier sprach sich unterdessen dafür aus, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zwischen den Jahren 2013 und 2015 zu beenden. Das sei „ehrgeizig, aber realistisch“. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, schloss gleichwohl nicht aus, dass zunächst „ein paar hundert Soldaten mehr“ nach Afghanistan geschickt würden - vorausgesetzt, dies werde von der Bundesregierung „sauber begründet“. Klar ist: Weder die Regierung noch die SPD als stärkste Oppositionspartei legen sich im neunten Jahr des Afghanistan-Einsatzes auf sehr vieles unwiderruflich fest.

Ex-Generalinspekteur Kujat ist gerade deshalb einigermaßen fassungslos über Verlauf und Inhalt der Diskussion. „Wir müssen doch in der Lage sein, selbst beurteilen zu können, ob wir mehr Soldaten brauchen oder nicht“, macht der Pensionär seinem Unmut Luft. „Dazu brauchen wir keine Afghanistan-Konferenz. Dazu müssen wir auch nicht unbedingt auf die Amerikaner hören.“ Es sei „ein Trauerspiel, wie wir da rumeiern“.